

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., postlich. Ausland-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30.- M., Rebellen, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 5-7.

Die achtspaltige Komparatabelle über deren Raum hat 5.- M. einschließlich Transportzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Gesandtschaften 2,25 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Betriebsleiter: Dentium 2030, 2045, 4516 4603, 4635, 4649, 4821.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Entwaffnung und Transportkontrolle

Der Entwaffnungsbeirat und die Arbeiterschaft

Die gestrige Sitzung des dem Entwaffnungskommissar beigegebenen parlamentarischen Beirats brachte manchen Beitrag zur Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage. Zunächst beschloß der Beirat, daß nicht nur Armeeresolver, sondern auch Armeepistolen beschlagnahmt werden sollen, dagegen unterliegen die Browning- und Parabellumpistolen der Einziehung nicht. Dann legte der Entwaffnungskommissar dem Beirat den Entwurf für weitere Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz vor, Bestimmungen, die bei den Verhandlungen der von der Arbeiterschaft für die Kontrolle der Waffentransporte eingesetzten Kommission mit der Regierung angefragt worden waren. Jeder Art der Beförderung von Militär, Waffen und Munition auf Eisenbahnen, Post, Schiffen, Kraftfahrzeugen, Fuhrwerken und Luftfahrzeugen wird verboten. Ausgenommen vom Verbot sind die auf Grund des Friedensvertrages zu befördernden und als solche zu kennzeichnenden, sowie die für die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufes mit Waffen versehene Beamtenschaft bestimmten Transporte.

In der Begründung dieses Entwurfes hob der Reichskommissar Peters hervor, daß er zur Durchführung dieser Bestimmung bei jeder Eisenbahndirektion eine Kommission einsetzen werde, die aus einem Referenten und dem Obmann des Eisenbahnbetriebsverbandes bestehe. Kaum war das Wort „Obmann des Eisenbahnbetriebsverbandes“ gefallen, da ging der Heulen und Weinen los. Der Vorsitzende des Beirats Bräunlich (D. P.), sprach sofort von einer Nebenregierung der Arbeiterschaft, die sich da breit machen würde. Der deutschnationale Henning konstatierte eigenmächtige Eingriffe in den Verkehr. Sen. Dr. Rosenfeld und Gerbig (Soz.) traten den Angriffen der Herren von der Rechten entgegen. Sie wiesen darauf hin, daß mit einer solchen Zuziehung des Vertreters der Eisenbahner die Forderungen der Arbeiter keineswegs erfüllt seien. Sie wandten sich gegen die bekannten Erlasse des Reichsverkehrsministers Gröner und verlangten deren sofortige Aufhebung. Geheimerat Weirauch vom Verkehrsministerium suchte den Nachweis zu führen, daß diese Erlasse zur Aufrechterhaltung eines geordneten Verkehrs notwendig seien, und der deutschnationale Berndt behauptete, daß schon infolge der bisherigen Zustände an die Arbeiter ein vollständiger Zusammenbruch der häuslichen Antivität drohe und eine direkte Verfassungsverletzung vorliege. Eine bestimmte Bevölkerungsklasse werde vor anderen bevorzugt. Jetzt soll auch die politische (!) und polizeiliche Funktion des Eisenbahnbetriebs übertragen werden. Der deutschnationale Henning sah in der Kontrolle der Eisenbahntransporte durch die Arbeiter bereits eine „Diktatur des Proletariats“. Auch der Demokrat Fischer zeigte sich geneigt, Bestimmungen gegen die Eisenbahner in die Ausführungsbestimmungen hineinzubringen. Sen. Dr. Rosenfeld und die Rechtssozialisten Stelling und Siebel protestierten gegen die Ausführungen der Vertreter der bürgerlichen Parteien und wiesen deren Haltlosigkeit nach. Daraufhin stellten alle bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum und die Demokraten, den Antrag: „Waffen- und Munitionstransporte dürfen weder angehalten, noch dürfen sie gehemmt werden. In widerstandlichen unterliegen den Bestimmungen des § 13 Ziff. 2 des Gesetzes.“ Damit wollten die Herren eine neue Strafbestimmung schaffen und mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen gegen die Eisenbahner vorgehen, die die Waffentransporte kontrollieren. Die Vertreter der beiden sozialistischen Fraktionen widersprachen aufs heftigste. Sie wiesen auch darauf hin, daß der Beirat gar nicht das Recht habe, über die Strafbestimmungen des Gesetzes hinaus neue Strafbestimmungen einzuführen. Das mußte auch der Reichskommissar Peters anerkennen. Er erklärte sogar, daß er die ganze Verordnung zurückziehen werde, wenn die bürgerlichen Parteien diese neuen Strafbestimmungen einfügten. Da erst verzichteten die bürgerlichen Parteien auf ihren Vorstoß. Sie sprachen aber in einer besonderen Resolution aus, daß Transporte von „Unbedingtes „Erfordernis der Staatsautorität“ sei. Die deutschnationalen ließen sogar noch dagegen Sturm, daß die Verkehrsminister Eisenbahner allgemein als Mitglieder der vom Entwaffnungskommissar eingesetzten Kommissionen bestimmt werden. Damit stellten sie aber sogar bei den übrigen bürgerlichen Parteien ab. In den Verhandlungen des Beirats spielten die Erlasse des Reichsverkehrsministers, durch welche er die Mitwirkung der Eisenbahner befragt, eine große Rolle. Es zeigte sich, daß sämtliche bürgerlichen Parteien sich hinter Gröner stellten. Nur die Vertreter der beiden sozialistischen Fraktionen protestierten gegen diese Verfügung. Sie wiesen darauf hin, daß § 31 ein offener Konflikt zwischen der gesamten organisierten Arbeiterschaft und dem Reichsverkehrsministerium bestände. Sie erklärten, daß die Arbeiterschaft sich nie und nimmer gefallen lassen würde, von der Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte ausge-

schlossen zu werden. Die bürgerlichen Parteien und der Reichsverkehrsminister lassen es auf den Konflikt ankommen. Es wird sich zeigen, ob die Arbeiterschaft imstande ist, auch nur die geringsten Rechte, die sie bei der Waffen- und Munitionskontrolle für sich in Anspruch nimmt, wahrzunehmen.

Arbeiter und Angestellte Berlin-Brandenburgs übt Solidarität!

Unserem Aufruf vom 28. August, betreffend die Kontrolle der Waffen-, Munitions- und Truppentransporte, hat die Arbeiterschaft in erfreulicher Weise Folge geleistet. Eine ganze Anzahl von Transporten mit Kriegskontrollbande ist angehalten worden. Eine Vollmacht ist der unterzeichneten Kommission bisher verweigert worden. Nicht genug damit, ist noch eine Verfügung des Reichsverkehrsministers Gröner ergangen, durch welche jede Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Kontrolle ausgeschlossen wird. Verhandlungen, welche daransin seitens der Arbeitervertreter eingeleitet wurden, sind sowohl vom Reichsverkehrsminister, als auch vom Reichskanzler abgelehnt worden. Die unterzeichneten Vertreter der Arbeiterschaft Berlin-Brandenburgs halten ebenso wie die Reichskommission für ganz Deutschland, nach wie vor an ihrem Aufruf fest.

„Bleibt wachsam!“

Mit diesem Aufruf wendet sich das Exekutiv-Komitee der Internationalen Transportarbeiter-Föderation an die Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Bleibt wachsam! rufen auch wir der Arbeiterschaft Berlin-Brandenburgs zu. Verweigert auch weiterhin jeglichen Transport von Kriegsmaterial!

Hebt proletarische Solidarität!

Ankunft über alle zweifelhaften Fälle wird erteilt, sowie Meldungen werden entgegengenommen bei Hermann Müller, Berlin, Schilderstraße 5/6.

Kontrollkommission für Berlin-Brandenburg.

Für die U. S. P. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg: Brühl. Für die S. P. D., Bezirksverband Groß-Berlin: Häusler. Für die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung: Sabath. Für die Provisorische Betriebsräte-Zentrale: Wegmann. Für die Betriebsräte der Sozialdemokratischen Partei: Keilnecht. Für den Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Berlin: Ullrich. Für den Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin: Klose. Für den Betriebsrat der Eisenbahner: Marci.

Keine allgemeine Friedenskonferenz

Moskau, 4. September. (Durch Funkgespräch.)

Tschitscherin hat die rumänische Regierung, die die Friedensverhandlungen mit Rußland mit der Londoner Konferenz verbinden wollte, darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhandlungen zwischen Rußland und Polen, sowie zwischen Rußland und Finnland ohne Teilnahme anderer Staaten stattfinden, und daß die Londoner Konferenz nicht stattfinden werde. Infolgedessen bleibe, wenn Rumänien sich nicht weigere, Frieden mit Rußland zu schließen, nur der Weg direkter Verhandlungen offen.

Das arbeitende Volk Rußlands werde mit tiefer Genugtuung den Augenblick begrüßen, da Frieden und dauernde freundschaftliche Beziehungen mit dem rumänischen Volke wiederhergestellt sein würden.

Vertagung der Verhandlungen

Moskau, 4. September. (Durch Funkgespräch.)

Die polnische Delegation hat Binski gestern verlassen, um sich nach Brest-Litowsk zu begeben. In der Abschiedssitzung am Donnerstag wurde von beiden Seiten bestätigt, daß zur Beschleunigung der Verhandlungen die Verlegung des Verhandlungsortes nach einem neutralen Lande angebracht sei, was eine Fortsetzung der Verhandlungen, nicht aber einen Abbruch derselben bedeute.

Der russische Heeresbericht

Moskau, 4. September. (Durch Funkgespräch.)

Russischer Heeresbericht vom 3. September: Im Abschnitt Brest-Litowsk dauern die Kämpfe nördlich und nordöstlich Brest-Litowsk weiter an. — Im Abschnitt Cholm warfen unsere Abteilungen den Gegner auf das linke Ufer des Bug zurück. Im Abschnitt Wladimir Wolhynsk zerstreuten wir eine starke feindliche Abteilung, wobei wir über 1000 Gefangene machten. Abschnitt Lemberg: Im ungestümen Vorstoß warfen unsere Abteilungen den vorrückenden Gegner in westlicher Richtung zurück, machten 300 Gefangene und erbeuteten drei gebrauchsfähige Geschütze und 30 Maschinengewehre. Im Krivoborski Abschnitt dauert der hartnäckige Kampf an.

Spaltung der Gewerkschaften?

Von Richard Seidel.

Der Hauptfeind des revolutionären Proletariats ist nicht Brüssel, sondern Amsterdam, d. h. die gelbe Gewerkschaftsinternationale. Wenn wir Amsterdam hätten, welches wir der kapitalistischen Ordnung den jüdischen Salom; dieser Salom jedoch kann nur die rote Gewerkschaftsinternationale schlagen.

Sinowjew in der Sitzung des Moskauer Kongresses vom 6. August („Iswestija“ Nr. 173).

Die Leitfäden des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale über die Gewerkschaftsbewegung entpuppen sich bei sorgfältiger Prüfung als ein mit Unrichtigkeiten durchsetztes buntes Gewir von Widersprüchen, das die gepriesene eindeutige Logik der kommunistischen Taktik Lügen straft und erkennen läßt, daß sich unter den Verfassern dieses Dokumentes kein einziger Genosse befand, der die Gewerkschaftsbewegung der Welt aus der Praxis kennt oder der sich auch nur über die allgemeinen Bewegungsgehalte des gewerkschaftlichen Kampfes vollends im Klaren wäre. Nirgendes wird die Hirn und Körper der Arbeiterbewegung verwüsthende Anwendung einer aus den Erfahrungen eines engen Experimentierfeldes gewonnenen knochigen Doktrin so deutlich, wie hier.

Das Manifest beginnt mit allgemeinen Betrachtungen über die Tendenz der Gewerkschaftsbewegung aller Länder und mit einer Aufzählung ihrer Sünden, an denen manches falsch und manches richtig ist. Es konstatiert den Zustrom gewaltiger Arbeitermassen zu den gewerkschaftlichen Organisationen, den wir seit zwei Jahren in allen Ländern erleben.

Angesichts dieses Einströmens der Arbeiter, das die Gewerkschaften zu Organisationen der Hauptmasse des Proletariats mache, sei es Pflicht der Kommunisten aller Länder, in die Gewerkschaften einzutreten, um aus ihnen bewährte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, stelle eine „rißige Gefahr für die kommunistische Bewegung“ dar.

Soweit mag alles gut sein. Das klingt fast wie eine Beurteilung der unionistisch-syndikalistischen Gewerkschaftszersplitterung in Deutschland. In anderen Publikationen Moskaus wird die Ablehnung des neudeutschen Unionismus sogar offen ausgesprochen.

Von völlig anderer Beschaffenheit sind indes die Anweisungen für die Praxis der kommunistischen Opposition in den Gewerkschaften, die das Gewerkschaftsmanifest der dritten Internationale gleichfalls gibt.

Als Ziel der kommunistischen Bewegung in den Gewerkschaften wird proklamiert die Herstellung der vollen „Einheit“ zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei mit dem Zweck, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei, als Vortrupp der Arbeiterrevolution, unterzuordnen. Dazu sei nötig die Bildung von kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, die sich „der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen“ sollen. Die „gelbe“ Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sei zu bekämpfen durch die Herstellung einer internationalen Kampffront der Gewerkschaften, bestehend in dem der Moskauer politischen Internationale angegliederten und ihr unterstellten Internationalen Rat der Gewerkschaftsverbände.

Die Schaffung einer internationalen Zentralfaktion der kommunistischen Bewegung in den Gewerkschaften steht voraus die Zusammenfassung der örtlichen kommunistischen Fraktionen zu einer nationalen Spitze in einem jeden Lande. Daß die Schaffung nationaler Sonderkörpern neben den bestehenden Landeszentralen geplant und zum Teil schon durchgeführt ist, zeigt das früher veröffentlichte erste Manifest des Internationalen Rates der Gewerkschaftsverbände in Moskau, das unter anderem unterzeichnet ist von einer revolutionären syndikalistischen Minderheit der Allgemeinen Arbeitsföderation Frankreichs und einer kommunistischen Minderheit der Gewerkschaftsverbände Georgiens, belanglose Gruppen, die noch keine Gefahr für den Bestand der Gelblichbewegung bedeuten, deren Existenz indes bemerkenswert ist für die den Moskauer Leitfäden innewohnende Tendenz.

Diese Bildung von Sonderorganisationen in den Gewerkschaften, die zusammengefaßt und geführt werden von nationalen Körpern und von einer internationalen Spitze, die mit Diktaturgewalt nach Moskauer Muster ausgestattet sind, sind Sprengkörper in den Gewerkschaftsverbänden. Sie sind die Vorbereitung der inneren Desorganisation, der Ausschaltung der gewerkschaftlichen Disziplin mit dem Ziel, sich der Verbände zu „bemächtigen“, wie das Manifest sich im putzschiffischen Sprachgebrauch ausdrückt. Die Sprengung der nationalen und internationalen Verbindungen der Gewerkschaften von innen heraus muß die Folge solcher Organisation des Bußfaches gegen die bestehenden Körpern sein.

Zum Ueberfluß lassen die Leitfäden erkennen, daß ihre Verfasser diese Möglichkeit sehen und in Wahrheit keinen Wert auf die Erhaltung der Einheit der Bewegung legen. Das Dokument gestattet die

Schaffung besonderer Organisationen in den Fällen, wo „außerordentliche Bergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbureaucratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentralen)“ zur Lösung nötigen, und an anderer Stelle, im fünften Absatz, der Leitlinie wird gesagt:

„Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht von einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückschrecken, wenn der Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus ihnen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen; mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats.“

Diese Aufforderung zur Spaltung der Organisationen wird abgeschwächt durch einige Nachsätze, die fordern, daß die Spaltung nicht die Isolierung der Kommunisten von den Arbeitermassen zur Folge haben darf. Das heißt, den Willen zur Spaltung zum Prinzip erheben und nur die Frage über Gelegenheit und Zeitpunkt zur Sprengung der Einheit der Organisationen offen lassen. Ferner werden die Kommunisten verpflichtet, in den Ländern, in denen revolutionäre Gegenorganisationen von Bedeutung bereits bestehen, diesen beizutreten. Als Exempel wird Amerika genannt. Aber schon morgen werden unsere Unions, die in Rheinland-Westfalen immerhin ganz stattliche Mitgliederzahlen aufzuweisen haben, diesen Ruf, revolutionäre Organisationen zu sein, auf die diese Voraussetzungen zutreffen, für sich in Anspruch nehmen — eine herrliche Konfusion, die Vergnügen bereiten könnte, wenn sie nicht so todernde und tieftraurige Folgen nach sich ziehen müßte.

Die Gewerkschaften werden solchem Spiel weder mit Vergnügen, noch mit allzu großer Geduld und Toleranz zuschauen können. Wer den ehrlichen Willen hat, der Arbeiterbewegung zu dienen und ihre geschlossenen und zugleich mächtigsten Organisationen, deren Kraft die Arbeiter im Ringen mit dem straff organisierten Unternehmertum keinen Augenblick entbehren können, vor mutwilliger Zerstörung zu bewahren, der hat die Pflicht, offen gegen diese Tendenzen aufzutreten. Wir dürfen diese gefährlichen Formeln nicht nur ablehnen, sondern müssen ihre Umsetzung in die Tat mit allen Mitteln und rechtzeitig verhindern.

Gewiß bekämpfen auch wir die in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vorherrschenden Tendenzen. Aber wir führen diesen Kampf allein im Vertrauen auf die Kraft unserer Ideen. Als Personen, als vollberechtigte Mitglieder der Bewegung verfechten wir unsere Auffassung und trachten danach, das Gros der Mitglieder im freien Meinungskampfe, nicht mit Hilfe der Organisation des Rufes gegen die Organisation, für uns zu gewinnen. Diese Methode braucht uns nicht zu hindern, bei passender Gelegenheit, so auf Kongressen von entscheidender Bedeutung, Beratungen mit Gesinnungsgenossen zu pflegen. Aber eine Organisation der Opposition von jener Straffheit und mit jener bindenden Verpflichtung, die das Kennzeichen der Moskauer Organisationsmethoden sind, haben wir stets mit Strenge vermieden und abgelehnt.

Was wir an unseren Gewerkschaften — unter anderem — verurteilen, das ist die Vorherrschaft der Bureaucratie, der geringe Einfluß der Organisierten auf das Geschick der Organisation. Wie oft haben wir über eine „Diktatur der Bureaucratie“ Klage führen hören. Wir erstreben ein System der Wahlen und der Besetzung der leitenden Posten, das elastisch genug ist, um allen Willensströmungen in der Masse der Organisierten Geltung zu geben und einen ungebührlichen Einfluß der besoldeten Führerschaft zu verhindern. Stattdessen sollen wir uns nun gefallen lassen, daß die Gewerkschaftsbewegung eingepreßt wird in ein System äußerster Starrheit, das — nach dem letzten Sinn und Zweck der Moskauer „militärischen Disziplin“ — alle entscheidende Gewalt in die Hand einer internationalen und interberuflichen Spitze von doktrinärer Götzengläubigkeit legt. Unsere Oppositionsbewegung hat unverkennbare Erfolge gehabt. Sie würden gehemmt, ja vernichtet werden durch das Spiel ungeschickter Finger mit der Spaltung der Organisation.

Und dann die „gelbe“ Amsterdamer Internationale! Sie ist, heißt es in den Leitlinien, ein Stellvertreter der bankrotten zweiten Internationale und somit aller Sünde teilhaftig, die diese allerdings in gerütteltem Maße auf ihr schuldvolles Gewissen geladen hat.

Als der Krieg ausbrach, da war die gewerkschaftliche Internationale eine recht lose Verbindung der Landeszentralen. Die internationalen Berufsverbindungen standen ebensowohl auf recht schwachen Füßen. Weder sie noch die Amsterdamer internationale Zentrale waren als Kampferbindungen gedacht. Dazu war die Bewegung in den einzelnen Ländern viel zu wenig gleichartig in bezug auf ihre Ausdehnung wie auf ihre Willensrichtung. Gab es doch internationale Verbindungen, deren Praxis sich noch auf die gegenseitige Aufrechnung der an die von Land zu Land wandernden Mitglieder gezahlten Unterstützung beschränkte. Kein Mensch, der die Arbeiterbewegung kannte, dachte auch nur einen Augenblick daran, daß die Gewerkschaftsinternationale ein Instrument zur Verhinderung des Krieges würde sein können. Der Ausbruch des Krieges zerstörte alsdann die internationale gewerkschaftliche Solidarität des Proletariats dahinschwinden. Die einzelnen Landeszentralen versetzten den bürgertümlichen, ja nationalistischen Dummheiten der Parteien, mit denen sie mehr oder minder eng liiert waren. Diese graufige Vermittlung hätte auch die beste und gesinnungstüchtigste Internationale der Gewerkschaften nicht aufhalten können, weil sie nicht vom Proletariat zu dieser Aufgabe bestimmt war.

Daraus erklärt sich, daß die Gegensätze innerhalb der Gewerkschaftsinternationale nicht so einschneidend zutage traten, wie im politischen Zweig der internationalen Arbeiterbewegung, und daß ihre Ueberbrückung verhältnismäßig leicht möglich war, so daß die Amsterdamer Internationale schnell aktiv werden konnte. Und nunmehr aktiv auf dem weiten Gebiete des proletarischen Klassenkampfes, wie die Bewegung gegen die ungarische Reaktion und das Eingreifen gegen die Kriegsgefahr zeigen. Das Manifest der Moskauer über die Gewerkschaftsbewegung erklärt, daß die Halbheit der Arbeitermassen und ihre Unzulänglichkeit für die Argumente der opportunistischen Führer nur im Prozeß des sich verschärfenden Kampfes überwunden werden kann. Aus dieser Einwirkung sind die jüngsten Handlungen der Amsterdamer Internationale zu erklären. Sie haben den engen Kreis des ursprünglichen Betätigungsfeldes der Gewerkschaften und ihrer Internationale bereits gesprengt. Bei der völligen Zer-

rüttung des politischen Zweiges der Internationale ist die Amsterdamer Internationale die letzte Stütze des internationalen Klassenkampfes. Latein gingen nur von ihrer Initiative aus, nicht von Moskau.

Nun soll auch sie nach dem Moskauer Diktat der Zerstörung anheimfallen. Ihre unter dem Einfluß der revolutionären Situation schnell wachsende Latenzkraft, deren Stärkung allein die Aufgabe der Arbeiterklasse sein sollte, soll gebrochen werden. Statt die Amsterdamer im „Prozeß des sich verschärfenden Kampfes“ weiter voranzutreiben durch eine Taktik, wie wir sie bisher befolgt haben, werden sie als Verräter verpönt und der Betätigung der Arbeiterklasse empfohlen. Welch ein Wahnsinn! Es gibt demgegenüber nur eine Pflicht: Kampf, äußerster Widerstand gegen diese blinde Wut!

Die Unterbringung der russischen und polnischen Gefangenen in Deutschland

M. Berlin, 4. September.

Für die Unterbringung der auf deutschem Boden internierten Russen und Polen mußte die Reichsregierung in erster Linie auf die Kriegsgefangenenlager des Westens zurückgreifen, da nach der Saager Landkriegsordnung die Verpflichtung besteht, die zu internierenden Truppen möglichst entfernt vom Kriegsschauplatz unterzubringen. Es sind folgende Lager als Internierungslager für die Russen anzusehen worden: Soltan, Hameln, Paderborn, Springhüsch und Hallender Moor. Die Polen kommen sämtlich nach Minden. Aus verschiedenen Ortschaften, in deren Nähe die Internierungslager belegen sind, kommen Einsprüche der Bevölkerung gegen die Unterbringung der bolschewistischen Truppen. Die Beschäftigten der Bevölkerung sind unbegründet, da bis auf den heutigen Tag unter den russischen Gefangenen noch kein einziger Fall von Infektionskrankheiten vorgekommen ist. Die Unterbringung auf den großen Truppenübungsplätzen ist technisch unmöglich, weil dafür ausreichende Bewachungsmannschaften fehlen.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß nach Aussagen der russischen internierten Truppen sie von Moskau Anweisung erhalten haben, sich nach Möglichkeit der Befangenahme oder Internierung durch die Polen zu entziehen und lieber auf deutsches Gebiet überzutreten. In diesem Fall sollten sie sich ruhig entschließen lassen und nichts unternehmen, was irgendwie die bestehenden korrekten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu fördern geeignet wäre. Was die Zahl der bisher eingetroffenen Polen und Russen anbelangt, so besitzen die amtlichen Angaben folgende Zahlen: 2800 Polen, 44671 Russen, von denen das Gros noch im Lager von Argz, 4000 Mann noch in den Lagern Seltberg und Preuß.-Holland befinden.

Hauptmann von Arnim

Berlin, 4. September.

Eine heutige Mittagszeitung bringt die Nachricht, die Besetzung des Hauptmanns von Arnim sei auf keinen Antrag erfolgt. Diese Nachricht ist nicht zutreffend. Die Besetzung erfolgte auf Beschluß des Reichskabinetts. Ein Antrag des Hauptmanns von Arnim auf Besetzung liegt nicht vor.

Hauptmann von Arnim ist der Führer der Truppen die seiner Zeit vor der französischen Botschaft in Berlin Ehrenbezeugungen machen mußte, und der schmerzhaft gekränkt ist, daß die Soldaten beim Abmarsch „Deutschland über alles“ anstimmten. Er liebt also und die Reichsregierung hat sich nun endlich entschlossen, das zu tun, was sie sofort hätte tun müssen: den Schädling unschädlich machen. Aber das Selbstverständliche tut man bei uns stets erst unter äußerstem Druck, und dann jammer man über „Repressalien“, die man durch eine so hirnlose Politik selbst heraufbeschwört.

Selbstmord politischer Gefangener

Die Führer der K. A. P. D. in Ostpreußen, Gebüder Harry und Fritz Dyd, haben sich in Goldap, nach Verhaftung, durch Kopfschuß getötet. Sie sollen in Gemeinschaft mit einem Dritten verhaftet haben, die Grenze zu überschreiten. Hierbei wurden sie von der Landespolizei bemerkt und verhaftet. Der Selbstmord der Gebüder Dyd soll erfolgt sein, nachdem der Dritte einen Ausschrei im Gerichtsgefängnis bei der Durchsichtung der Akten erschossen hatte. Die Angelegenheit erscheint uns noch der Aufklärung bedürftig. Fürchtet man, daß das Erschießen auf der Flucht nicht mehr glaubwürdig erscheint und sucht man darum andere Mäxchen zu dichten?

Bluttat eines Einwohnerwehrmannes

M. Stuttgart, 4. September.

Unmittelbar vor seinem Abbruch hat der achtstägige Generalsstreik, der ohne blutige Zwischenfälle verlaufen ist, noch ein Todesopfer gefordert. In Neckarsulm wurde ein Arbeiter, der ein Mitglied der Einwohnerwehr mit einem Prügel bedrohte, von dem Einwohnerwehrmann durch einen Revolvererschuß getötet.

Wilhelm wünscht sich ein Tannenberg

Der Nationalverband Deutscher Offiziere hatte anlässlich der Tannenbergfeier im Stadion an Wilhelm den Verloffenen ein Telegramm geschickt, auf das nunmehr aus Amerongen folgende Antwort eingelaufen ist:

„Dem Nationalverband Deutscher Offiziere“ danke Ich herzlich für das treue Gedenken am 27. August. Möchte dem Vaterland einst wieder ein Tannenberg werden. — gez. Wilhelm I. K.“

Man sollte mehr an die Marke denken, das ist lehrreicher.

Freimachung von Arbeitsstellen

Der Demobilisierungsausschuß Groß-Berlin hat jüngst eine Verordnung erlassen, die die Entlassung aller Arbeitnehmer anordnet, welche auf Erwerb aus ihrer Beschäftigung nicht angewiesen sind. Ein Teil der bürgerlichen Presse war darüber sehr aufgeregt, was wir darauf zurückführen können, daß zahlreiche Kleinbürgerliche Existenzen sich eine sehr nette „Rebeneinnahme“ dadurch verschaffen, indem ihre Frauen den Arbeitslosen das Brot wegnehmen. Der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses sah sich genötigt, eine Reklamation der Verordnung zu veröffentlichen, worin er z. B. darauf hinweist, daß die Ehefrau eines begüterten Hausbesizers in einem Bureau als Stenotypistin tätig ist, und daß ihre bei dem Vater wohnenden drei Töchter als Geschäftsführerinnen in Stellung sind. Er legt fernerhin auseinander, daß in jedem einzelnen Falle erst nach eingehenden Recherchen eingegriffen werden soll.

Die bürgerliche Presse, die sonst gegen ein zahlreiches Drohnentum, das von der Arbeit des Volkes lebt, nicht allzu viel einzuwenden hat, legt sich plötzlich ins Zeug für alle die, die arbeiten wollen und arbeiten können. Man dürfe sie nicht an ihrer Betätigungshandeln, denn in unserer Wirtschaftslage sei jede Arbeitskraft unentbehrlich. Das ist schon richtig. Trotzdem ist jetzt der Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen, unter dem die Verfügung des Demobilisierungsausschusses erlassen worden ist, nämlich der, daß die verfügbaren Arbeitsstellen denen vorbehalten bleiben müssen, die durch ihre soziale Lage auf den Erwerb aus Lohnarbeit angewiesen sind.

Aber auch in der Arbeiterschaft hat die Verordnung eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. In einer vom Buchbinderverband veranstalteten Trauerversammlung, die am Freitag stattfand, wurde die Verfügung recht heftig bekämpft. Es wurde die Ansicht vertreten, daß die Löhne der Männer in den meisten Fällen für den Unterhalt der Familie nicht ausreichen und daß die Frauen daher auf Erwerbsarbeit nicht verzichten könnten. Die Frauen könnten sich das Recht auf Arbeit nicht nehmen lassen.

Nun wird die Verfügung gegen erwerbstätige Arbeiterfrauen zu allererst angewandt werden dürfen. Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß die Unterbringung der Erwerbslosen für die Erhaltung einer Familie erst recht nicht ausreicht. Die Familien der Erwerbslosen befinden sich zweifellos in einer weit schlimmeren Lage, als die Familien jener Arbeiter, die noch Verdienst haben, selbst wenn er gering ist. Die einfache gewerkschaftliche Disziplin verlangt z. B. von den Arbeitslosen, daß sie sich nicht in Massen auf die Betriebe stürzen, um dort nach Arbeit Umschau zu halten, sondern daß sie Zurückhaltung üben und den Arbeitsnachweis benutzen, damit der Andrang zum Arbeitsmarkt die Löhne der Arbeitenden nicht allzu stark drückt. Wenn die Arbeitenden von den Arbeitslosen diese Rücksicht verlangen, dann können die Arbeitslosen auch umgekehrt fordern, daß die in Arbeit stehenden ähnliche Opfer für die Arbeitslosen bringen. Selbstverständlich ist es natürlich, daß der Demobilisierungsausschuß in solchen Fällen seine Recherchen noch weit sorgfältiger betreibt, bevor er eingreift, und daß das Eingreifen der Behörde in richtiger Weise geschieht. Der Vorstoß des Ständigen Ausschusses der Arbeiter in der erwähnten Buchbinderversammlung, Frauen, die einige Zeit ohne Erwerbsarbeit auskommen können, möchten freiwillig aussteigen, bewegt sich also durchaus im Rahmen der üblichen Gepflogenheiten einfacher gewerkschaftlicher Solidarität.

Neue Entscheidungen zur Erwerbslosenfürsorge

Das Reichsarbeitsministerium hat neuerdings einige bemerkenswerte Entscheidungen auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge getroffen. Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium hat es festgestellt, daß die Erwerbslosenunterstützung zu den nach § 12 des Reichseinkommensteuergesetzes steuerfreien Beträgen aus öffentlichen Mitteln zu rechnen ist. Ferner hat die Reichsregierung beschloffen, Anträge, die die beteiligten Stellen in letzter Zeit mehrfach an sie gerichtet haben, stattzugeben und die Unterbringung, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit vielfach an ihre Mitglieder zahlen, künftig nicht mehr auf die öffentliche Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. — Ausnahmen von der Befristung der Erwerbslosenunterstützung auf 25 Wochen dürfen auch für gewisse Gruppen von Erwerbslosen erteilt werden. Zur Bewilligung solcher Ausnahmen ist für Groß-Berlin der Oberpräsident ermächtigt worden. Dagegen hat sich der Reichsarbeitsminister nicht damit einverstanden erklärt, daß die Bewilligung von Ausnahmen lediglich von den Fürsorgeauschüssen ausgeübt wird. Sondern diese haben für diejenigen Einzel- und Gruppenfälle, in denen sie eine Fortgewährung der Erwerbslosenunterstützung für angebracht halten, alsbald die Genehmigung des Oberpräsidenten einzuholen.

Die Bewegung der englischen Bergarbeiter

Ursachen des Kampfes

Wir entnehmen Ausführungen der „Daily News“ folgende Mitteilungen: Ende des Jahres 1919 wurde der englischen Regierung die Forderung auf Verabschiedung des Kohlenpreises um 6 Schilling pro Tonne überreicht. Die Regierung erklärte sich bereit, dieser Forderung entgegen zu kommen, indem sie vorschlug, den Preis der Hausbrandkohle um 10 Schilling pro Tonne herabzusetzen und die Preise der Exportkohle nicht zu verändern. Ende des Jahres 1919 zeigt sich also die englische Regierung geneigt, einen Teil der durch den Export gemachten Gewinne zur Reduktion der Lebenskosten der Bevölkerung zu verwenden. Im Mai des Jahres 1920 hat die Regierung ihre Haltung vollständig geändert. Sie hat mit einem Schlags die Preise der Kohlen um 14 Schilling 2 Pence pro Tonne erhöht. Als Erklärung hat die Regierung nur angegeben, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Englands die allmähliche Beilegung der Kontrolle möglich mache, die durch die anormalen Bedingungen des Krieges notwendig gewesen war. Voraus Sir Robert Horn, der Vorsitzende der Handelskammer hinzugetreten hat, daß der Ueberfluß der Kohlenexportgewinne genau so betrachtet werden müßte, wie der Ueberfluß aus den Gebieten der anderen Produktionszweige und eher dazu dienen müsse, die Einkünfte der Nation zu erhöhen, als die Lebenskosten zu verringern. Er sagte hinzu, daß eine derartige Preisregel nur für den Winter 1919/20 vorgesehen war. Die Bergarbeiter, die seit langem eine Erhöhung ihrer Lebensunterhaltskosten über diejenigen, die vor dem Kriege bestanden, verlangen, haben sich entschlossen, die Forderung nach einer Lohn- und Preis-erhöhung mit einer solchen der Verabschiedung des Kohlenpreises für Hausbrandkohle zu verbinden. Diese letztere Forderung kompliziert die Frage und hat die besondere Wut der englischen Bourgeoisie entfacht.

Der Profiteur der Exportkohle wird von der Bergarbeiter-Gewerkschaft auf 60 Millionen englische Pfund jährlich veranschlagt. Die von den Bergarbeitern geforderte Erhöhung der Löhne beläuft sich auf 27 Millionen Pfund jährlich und die Verabschiedung des Kohlenpreises für Hausbrandkohle würde 20 Millionen erfordern, so daß ungefähr die Hälfte des Profites herauskäme, mit der der Schatzkanzler rechnen. Zudem die englischen Bergarbeiter über die Verwendung dieser Summe bestimmen wollen, unternehmen sie den Versuch, in Regierungsangelegenheiten dreinzureden, was natürlich der gesamten Bourgeoisie mißfällt. Die ganze bürgerliche Presse hat einen Feldzug gegen die Bergarbeiter-Gewerkschaft unternommen, indem sie behauptet, daß der Konflikt nicht ausgebrochen ist zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern, sondern zwischen Führern der Bergarbeiter-Gewerkschaft und dem Staat.

Der „Manchester Guardian“ macht noch die weitere Bemerkung, daß nach aller Voraussicht der große wirtschaftliche Kampf, den man seit langem erwartete und der während des letzten Streiks der Eisenbahner vergangenes Jahr schon hätte ausbrechen sollen, in die Nähe rückt und daß dies erstere Ereignis als der Generalstreik der Bergarbeiter vorauszu sehen sind. — Bekanntlich haben die Bergarbeiter für ihre Forderungen die Unterstützung der ausschlaggebenden englischen Gewerkschaften gefunden, so daß, wenn die Regierung nicht nachgibt, der Generalstreik der Bergarbeiter, für den sich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung bei der Urabstimmung ausgesprochen haben, unvermeidlich erscheint.

Ein friedlicher Ausgleich möglich?

M. London, 4. September.

Sowohl die Regierung wie auch die Bergarbeiter haben durch die Presse ihren Standpunkt bezüglich des drohenden Streiks im Steinbohlenwesen mitgeteilt. Der Minister für Handel und Industrie, Sir Robert Harnes erklärte, die Regierung habe sich bereits kennzeichnen lassen, doch machte er die vorläufige Bemerkung, daß die Tür für Verhandlungen noch immer offenstehe. Er machte einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den beiden Forderungen der Bergarbeiter und meinte, daß die Forderung nach Lohn- und Preis-erhöhung einem unabhängigen Schiedsrichter vorgelegt werden solle, daß aber die Forderung über die Herabsetzung der Preise für den Hauskohlenbedarf eine politische Frage sei, in der die Regierung nicht nachgeben könne. Die Arbeiter ihrerseits vertreten den Standpunkt, daß beide Forderungen nicht zu trennen seien. Trotzdem ist unverkennbar, daß beide Parteien eine Mäßigung zeigen und die Hoffnung scheint sich zu bestätigen, daß ein Vermittlungsversuch durch den Gewerkschaftskongress in Portsmouth, der am Montag eröffnet werden wird, gefordert werden wird.

Berlin und die dritte Internationale

Funktionär-Versammlung der USP.

Die Parteifunktionäre für Berlin-Brandenburg haben gestern abend im vollbesetzten Saale der „Neuen Welt“ den Bericht aus Moskau entgegen. Genosse Crispian als erster Referent führte ungefähr aus:

Wir erleben eine innere Krise in der Arbeiterbewegung, die auch in anderen Ländern in Erscheinung tritt. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß auch diese Krise enden wird mit dem Prinzip des wissenschaftlichen Sozialismus.

Wir können die Frage der Internationale nur behandeln, wenn wir einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Internationale werfen. Ich folge dem Verlauf der proletarischen Internationale in die Zeit der 48er Jahre. Ich erinnere an Babeuf, an Blanqui, an Wilhelm Weitling — das waren einige Hauptvertreter der utopischen und anarchistischen Richtungen vor dem wissenschaftlichen Sozialismus, die für diktatorische, selbstherrliche Ausprägung des Kampfes eingetreten sind. In dieser Zeit begründete Marx mit dem Kommunistischen Manifest, die wissenschaftliche Stellungnahme, die auch heute gegen gleiche Tendenzen, noch Geltung habe. Während die anarchistischen Richtungen in unbedeutende Gruppen zerfielen, gingen Marx und Engels daran, den Arbeitern zu helfen in der Schaffung der Vorbedingungen zur Erringung der politischen Macht.

Das Ziel des Sozialismus ist die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, dazu gehört vor allem der Grund und Boden. Wir finden, daß die Herrschaft der russischen Kommunisten mit der Parole begann: „Frieden und Land den Bauern“. Ohne diese Preisgabe des radikalen Sozialismus konnten die Kommunisten die Macht nicht übernehmen. Es gibt auch in Rußland Kommunisten, die erkennen, das damit eine reaktionäre, konterrevolutionäre Bauernschaft geschaffen wurde. Wozu wir uns wenden, ist, daß man von uns fordert, diese Parole, Land den Bauern, zu übernehmen. In Rußland ist es bisher nicht möglich gewesen, den Produktionsprozeß so zu gestalten, daß er die Revolution unterstützt. Das liegt daran, daß die russischen Proletarier leider nicht in der Lage sind, den Bauern gleichwertige Ergebnisse für ihre Produkte zu geben. Die Arbeiter müssen zur Überzeugung kommen, daß es notwendig ist, gerade während der Revolution den Produktionsprozeß aufrechtzuerhalten.

Wie sieht die Frage des Terrors? Wir waren oft auf die tiefste Empörung, daß Terror geübt wurde gegen uns. In erregten Zeiten ist es verständlich, daß man sich dagegen mit gleichen Mitteln anlehnt. Aber als System angewandt, würde der Terror den Kampf aller gegen alle bedeuten.

Wenn wir sagen, daß die proletarische Revolution ohne Gewalt nicht vollbracht werden kann, so ist das eine Feststellung des ehernen Naturgesetzes, doch nie dürfen wir vergessen, daß das Ziel nicht die Gewalt, sondern der Friede ist. Ich werde mich dagegen, daß wir den Terror als programmatischen Grundjah in das Programm aufnehmen sollen.

Beachten Sie bitte! Alle Kräfte und Schwächen der Kommunisten, alle ihre opportunistischen Abirrungen sollen wir als programmatische Grundjah ansehen.

Ich kann hier nur das wichtigste über die Verhandlungen in Moskau mitteilen. Als wir uns ansetzten, nach Moskau zu gehen, lag der Beschluß des Parteitag vor, daß die Verhandlungen geführt werden, auf Grund unseres Aktionsprogramms, und die allgemeine Auffassung war, daß die Selbständigkeit der Partei gewahrt werde, auch nach einem Anschluß an Moskau.

Es lagen jedoch schon damals die Beschlässe von Moskau vor, daß die unabhängige Partei zerstört werden müsse, weil sie sich mit den Mordern Liebknechts vereinigen wolle. Damals sagten einzelne Genossen, das sei nicht tragisch zu nehmen, weil man in Moskau den revolutionären Charakter der Partei nicht kenne. Die Größe unserer Partei bedeutet auch die Größe unserer Macht und unseres politischen Einflusses. Ich glaube nach wie vor daran, daß die Zukunft uns gehört und nicht den Anarchisten, Syndikalisten und sonstigen Sekten. Wenn die Delegation unserer Partei geschlossen und fest für das Programm unserer Partei eingetreten wäre, so hätten wir Ihnen Bedingungen nach Hause bringen können, die glänzend gewesen wären. In den Bedingungen, die uns von der kommunistischen Internationale mitgegeben sind, ist nichts mehr von unserem Aktionsprogramm enthalten. Es ist eine Verschlebung des Kampfes, wenn man uns einreden will, die Bedingungen seien nebensächlich, die Hauptsache seien die Grundjah. Wir bringen aus Moskau eine Kriegserklärung an die Arbeiterorganisationen der anderen Länder.

Ich bin der Meinung, daß unser Programm sein muß die Diktatur der Arbeiterklasse über die Kapitalisten und nicht die Diktatur einer Führergruppe über die Arbeiterklasse. Die Mitglieder, die Parteiinstanzen haben nichts zu sagen. Die Moskauer Zentrale behält sich vor, auch in den Zeitungen nur diejenigen zu belassen, die wirklich „zuverlässige“ kommunistische Politik treiben. Wir müssen aus allen Körperschaften jene Mitglieder ausschließen, die der Zentrale in Moskau nicht genehm sind, ja ganze Mitgliedschaften können dem Ausschluß verfallen. Alle Instanzen, alle die tausenden Gemeindevorstände müssen „auf Herz und Nieren“ geprüft werden. Es ist so leicht zu sagen: jawohl, ich marschiere mit. Wie schwerer ist es aus dieser Masse etwas zu machen und ihr zu sagen, woran es ankommt. Wie muß das wirken, wenn eine kleine Clique von Führern zu bestimmen hat, wer der Partei angehören kann. Dann öffnen wir dem Sirebertum und Denunziantentum Tür und Tor.

Ich beziehe mit meinem einfachen Proletariatsverständnis nicht, wie das ist? Wenn ich die Bedingungen ablehne, wie kann ich sie grundsätzlich ablehnen oder annehmen, wie das die Bedingungen fordern.

Die Bestimmungen verstehen gegen einen der Hauptgrundsätze unserer Partei — das Wahlsystem. In Rußland gibt es praktische Betriebsräte in unserem Sinne nicht. Die Betriebsräte haben in die Verwaltung kein Wort dreinzureden. Auch die politischen Arbeiterräte stehen in Wirklichkeit auf dem Papier. Die Räte bestimmen nicht die Politik der Regierung. Die Wahlen zu den Betriebsräten sind offensichtlich. Das geheime Wahlrecht ist abgeschafft.

Crispian weist weiter daraufhin, daß gerade in der Berliner Organisation umgebaut wurde, um die Massen aktiver zu machen. Nach dem Diktat der russischen Kommunisten soll das jetzt ins Gegenteil verkehrt werden, nicht von unten, sondern von oben soll diktiert werden. Und was sagen die Rätegenossen, die so tapfer gegen uns gekämpft haben, indem sie sagten, daß die Räte über der Partei stehen müßten. Auch Karl Liebknecht hat sich in tiefer Erkenntnis der deutschen Verhältnisse jeder Organisationsform entgegengelehnt, die die freie Initiative hemmt. Gerade für die Passivität der deutschen Arbeiterklasse sei die freie Initiative die Vorbedingung zur Aktion. Jeder von uns muß ein selbständiger Mensch sein, ein Mensch mit Verantwortung. Und ein solcher Mensch kann aktiv sein, kann Aktionen leiten. Vor dem 8. August hieß es immer, die Arbeiter sollen ihre Führer kritisieren und misstrauen, seit dem 9. August heißt es plötzlich, die Führer sind alles. Glaubt nicht an Führer, glaubt nicht an fremde Parolen, glaubt daran, daß das Proletariat selbst vom Kreuz heilen muß, um sich zu befreien. (Zuruf: Scheidemann. Lebhafter Zustimmung.) Crispian weist diesen Mißbrauch unter starkem Beifall der Versammlung zurück. Es wird immer vom Schwanken gesprochen. Mancher Genosse behauptet, daß er nicht schwänke, sondern, daß die Partei schwänke. Das sind die, die noch vor kurzem Antiparlamentarier waren und sich heute wie wir im Parlament betätigen. Diese Genossen haben nicht geschwankt, die Partei hat geschwankt. (Sehr richtig!) Ich sehe manchen, der die Räte über die Partei stellen wollte und nun Bedingungen absp-

tiert, die die Räte abschaffen. Auch diese Genossen haben nicht geschwankt, die Partei hat geschwankt. (Sehr richtig!) und lebhafter Heiterkeit.) Auf Bemerkungen, daß es Zeit zum Schluß sei, vermahnt sich Crispian unter starkem Beifall der Versammlung, daß er rings um die Überzeugung der Genossen, daß er diese Sache für so wichtig halte, um sie zusammenhängend zu behandeln.

Wer die Frage stellt, ob wir Sowjetrußland unsere Solidarität bezeugen wollen oder nicht, begeht eine Verleumdung. Es hat niemand mehr für Sowjetrußland getan, als die deutsche Arbeiterklasse. Wir halten es mit den russischen Marxisten, die sagen, daß die Verteilung von Land an die Bauern kein gesellschaftliches, sondern Privateigentum schaffe, die aber trotzdem nicht aktiv während des Kampfes die Sowjetregierung angriffen, sondern durch das Mittel der Propaganda für ihre Auffassung wirkten. Deshalb darf auch die Frage nicht lauten: für oder gegen die dritte Internationale, sondern für oder gegen diese Bedingungen. Wenn es nicht zum Zusammenbruch kommt, dann tragen die Schuld die Kommunisten, die für diese Bedingungen verantwortlich sind. Wir sind nach wie vor für den Zusammenbruch der sozialrevolutionären Parteien aller Länder. Die Frage steht so: Können wir diese Bedingungen erfüllen? Da sage ich offen: Nein, wir können sie nicht erfüllen, weil sie opportunistisch, syndikalistisch und anarchistisch verkehrt sind. Ich habe mich des öfteren mit Lenin unterhalten, der kein Hehl aus seiner anderen Ansicht machte, der aber auch anerkannte, daß ich wenigstens eine Meinung vertritt, was man von vielen anderen nicht sagen kann. (Hört! Hört!)

Crispian zitiert Maxim Gorki, der einmal den Glauben Lenins darstellte, daß das russische Volk dem Kommunismus geopfert werden müsse, und wenn nötig auch das polnische und deutsche. So erklären sich auch die Treibereien der deutschen Kommunisten, künstlich Krieg mit der Entente herbeizuführen.

Der Kapitalismus in Deutschland ist erstarrt, nicht nur finanziell, sondern auch militärisch. Die Bauernschaft ist reaktionär, die Landarbeiterklasse muß erst noch gewonnen werden. Große Massen sind ohne jedes Klassenbewußtsein. Aber was das schlimmste ist, der Bürgerkrieg in der Arbeiterklasse. Dieser ganze Kampf und die Moskauer Bedingungen brauchen keine Rolle zu spielen in der Partei. Wir können aufs Land gehen und agitieren, wenn wir uns nicht mit dem Moskauer Rechtsismus zu streiten hätten. Die deutschen Kommunisten treiben eine Politik, die die Arbeiterklasse zu Putschereien und zum Verbluten bringen, und eine solche Putscherei mit russischer Unterstützung ist der Kampf, der jetzt in Württemberg berg geführt wird. Wie sieht die Sache in Württemberg? Crispian schildert die Kleinbürgerlichen Schichten der württembergischen Arbeiterklasse, die zum Teil Landbesitz haben und ohne sozialistische Erziehung sei. Von diesen Kreisen sei auch die Erhebung gegen den Steuerabzug ausgegangen. In Stuttgart wurde den Arbeitern gesagt: Waidhau sei gefallen, die roten Truppen stehen bald in Berlin, ihr müßt kämpfen für die Revolution! Da dachten die Arbeiter, wir brauchen überhaupt keine Steuern mehr zu bezahlen, morgen haben wir ja die politische Macht. Und als der Kapitalismus und seine Maschinengewehre kamen, da hieß es, es geht gar nicht um den Steuerabzug, es geht um die Waise, um den Aktionärsausfluß dankte es und überließ das weitere den Gewerkschaften. (Ein Schlußruf ruft minutenlange Entzückung und Lärm hervor. Wir wollen radikal bleiben, getreu der Tradition unserer jungen Partei. Mann werden auch die Moskauer einsehen, daß keine Führerrolle herrschen soll, sondern daß die Massen zu bestimmen haben. Die Vertretung der Arbeiterklasse kann nur das Wort der Arbeiterklasse selbst sein. Damit stehe und falle auch ich in der Partei. (Starker Beifall.)

Däumigs Korreferat

Gen. Däumig weist auf den angenommenen Antrag hin, daß heute die Anschließbedingungen behandelt werden sollen. Er sei auch der Meinung, aber man müsse die Bedingungen betrachten im Zusammenhang mit den übrigen Moskauer Leisungen und der allgemeinen weltpolitischen Lage. Ueber die historische Deduktion des Gen. Crispian kann man im einzelnen verschiedener Meinung sein. Ich beziehe ganz entschieden, daß in den Teilen Inschaunungen anarchistischer und syndikalistischer Art zum Ausdruck gekommen sind und behaupte, daß sie eine durchaus marxistische Denkwelt enthalten. Unsere Partei ist jung. Trotzdem hat sie es bereits zu drei Programmen gebracht. Auch unser Leipziger Programm ist noch nicht der Weisheit letzter Schluß. Wenn jetzt die Moskauer Streitfrage nicht aufgenommen wäre, wäre wegen anderer Fragen der Streit entbrannt. Ebenso, wie wir uns darauf einrichten, daß unser Programm und unsere Organisation nicht für die Ewigkeit feststehen, müssen wir auch annehmen, daß sich auch in der kommunistischen Partei alles in Gährung befindet. Es ist zu verstehen, daß in den beiden Parteien, die gleiche Grundjah und verschiedene Organisationen haben, der Bruderkampf, wie immer, erbitterte Formen annimmt. In Moskau haben wir nichts von dem grundsätzlichen Gegensatz Crispians gegen die These gehört. Ich habe allerdings die Hoffnung und den Wunsch, die revolutionären Teile der Arbeiterklasse zusammenzuführen, um diese häßliche Befämpfung zu beenden. Heute steht Weltrevolution gegen Weltproletariat. Die theoretische Bildungs- und Aufklärungsfrage tritt jetzt in den Hintergrund gegen die Kampf- anforderungen.

In Rußland hat man unter dem Zwang der Entwicklung den kommunistischen Staat errichtet. Das hat bewirkt, daß die ganze kapitalistische Reaktion auf den Plan gebracht ist, um die Sowjetrepublik im Blut der Proletarier zu erstickten. Angesichts dieser geschlossenen Front des Kapitalismus kann man nicht warten bis die, auch nach meiner Ansicht sehr notwendige, Durchbildung des Proletariats durchgeführt ist. Von dem Genossen Crispian ist auch der Name der Partei in die Wagschale gemorfen worden. Der Akt geht durch die proletarische Welt und muß verbreitet und vertieft werden. Alles, was an revolutionärem Sozialismus noch da ist, muß zusammengefaßt werden. Däumig betont ganz besonders, daß es falsch sei, zu sagen, daß auf dem 2. Kongreß der 3. Internationale syndikalistische und anarchistische Ideen vertreten worden seien. Man habe den amerikanischen Gewerkschaften und den englischen Rätevertretern gesagt, wenn sie Wert auf die Aufnahme legten, müssen sie sich auf marxistischen Boden stellen. Däumig weist auch auf den Kampf zwischen K. P. D. und K. A. P. D. in Deutschland hin, der ebenfalls bemerken habe, daß Anarchismus und Syndikalismus aus der 3. Internationale verbannt seien. Redner schildert dann weiter den Zusammenbruch der 2. Internationale, die an ihrer heterogenen Zusammensetzung gescheitert sei. Organisatorisch verpflichtete sie die angeschlossenen Parteien zu nichts. Die vorliegenden Erfahrungen, die ganz anderen Voraussetzungen, die heute dem revolutionären Kampf erwachsen, erfordern ganz andere Grundjah und Organisationsformen des internationalen Zusammenstufes. Diese anderen Voraussetzungen sind meiner Ansicht nach in den Moskauer Bedingungen enthalten. Was man auch zu den bolschewistischen Vätern sagen mag, sie haben die soziale Revolution auf einen Stand gebracht, wie in keinem anderen Lande.

Es ist vieles trüb in Rußland. Man darf aber auch nicht die Gründe vergessen, die dafür verantwortlich sind. Dieses Land, das unter einer wahnwitzigen Mikrowirtschaft früher schwer gelitten hat, das seit dem Beginn der Revolution in schweren Kämpfen steht, — all das muß man doch im Zusammenhang betrachten. Was vergangen ist, darf uns nicht daran hindern, den Anstoß an diesen Krisisaktionspunkt der revolutionären Energie zu vollziehen. Ich sage, und behaupte und bleibe dabei: Jeder Kampf gegen die dritte Internationale mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen kommt einem Rückfall gegen Sowjetrußland gleich. (Beifall.) Auch Däumig zitiert Gorki, der von Lenin sagt, daß er wohl ein Mensch mit Fehlern sei, aber auch ein Clemenceau, Lloyd George u. a. hinweist und fragt, ob diese vielleicht fehlerlos seien. (Die Fortsetzung des Berichts folgt in der Montags-Ausgabe.)

Ein Munitionsdampfer angehalten

In der Holtenauer Schäre wurde ein nach Danzig bestimmter englischer Dampfer angehalten und ihm das Auslaufen in die Ostsee verboten, weil er 1000 Tonnen für Polen bestimmte Waffen und Munition an Bord hatte.

Gegen Krieg und Geheimdiplomatie Belgische Sozialisten gegen das belgisch-französische Abkommen

Brüssel, 3. September.
Die „Peuple“ meldet, fand am 2. September eine Zusammenkunft des Verbandes Brüsseler Sozialisten statt, in der eine Tagesordnung angenommen wurde, welche besagt, die belgischen Arbeiter könnten das französisch-belgische Defensivabkommen, das ein Geheimabkommen zwischen Regierungen und nicht zwischen Völkern sei, nicht billigen. Sie beauftragen daher die sozialistischen Vertreter im Parlament, dagegen zu protestieren. Die Resolution beglückwünscht weiter alle Arbeiter, die sich der Verhinderung von Munition nach Rußland widersetzen haben und verpflichtet sich, den Kampf gegen alle Kriege, für die Unterdrückung der Geheimdiplomatie und für die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung in Uebereinstimmung mit den Arbeiterorganisationen der Länder fortzusetzen.

Russische Vorbereitungen für den internationalen Handelsverkehr

Moskau, 4. September. (Durch Funkpruch.)
Hier ist ein Volkskommissariat für auswärtigen Handel gebildet worden, als einziges technisches Vollzugsorgan für die Einfuhr und Ausfuhr. Es soll nach einer amtlichen Umgebung bei Erfüllung seiner Aufgaben das Alte mit dem Neuen, das kommunistische mit dem kapitalistischen ausgleichen. Das neue Volkskommissariat ist auch das einzige verteilende Organ. Alle aus dem Auslande einreisenden Waren werden von ihm an die zuständigen Wirtschaftszentren weitergeleitet. Es kauft die verschiedensten Waren auf und verkauft sie weiter; außerdem tritt es mit Handelsgesellschaften in Verbindung, welche ausschließlich kapitalistische Ziele verfolgen und knüpft mit ihnen Beziehungen an.

Italienisch-russischer Warenverkehr

Moskau, 3. September. (Durch Funkpruch.)
In Moskau, Odessa und Kowal werden Abteilungen der italienischen „Cooperativa“ für den Warenverkehr mit Sowjetrußland eröffnet. Vertreter ist der sozialistische Abgeordnete Rondoni. Für Sowjetrußland sind bereits vier Schiffe mit Medikamenten besetzt worden. Außerdem liefert Italien veritagsmäßig landwirtschaftliche Maschinen, Telegraphen- und Telefonmaterial, sowie andere Industrieerzeugnisse.

Das Programm der italienischen Sozialisten

„Messaggero“ erzählt aus Bologna, daß ein Ausschuss aus zahlreichen sozialistischen Abgeordneten, darunter Lucati, Treves, Brampolini und andere Vertreter der sogenannten Konzentrationsgruppe der sozialistischen Partei, eine Kundgebung einberufen hat, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Grundjah und Methoden des Kapitalismus den Bedürfnissen der Nation immer weniger entsprechen. Die Abgeordneten der Konzentrationsgruppe erklären sich zu intensiver Arbeit in Parlament, Gemeinden und Wirtschaftskörperschaften zum Zweck der Erzeugung einer sozialistischen Gesellschaft bereit. In Reggio (Emilia) soll vom 12. bis 30. September ein neuer Kongreß stattfinden, um ein Programm anzuarbeiten.

Deutschlands Kohlenlieferungen

Paris, 3. September.
Im Senat teilte heute der Arbeitsminister mit, daß die deutschen Kohlenlieferungen vom 1. bis 28. August 1537 004 Tonnen betragen. Mit Berücksichtigung der Lieferungen der drei letzten Tage des August beziffern sich die Augustlieferungen auf über 1,6 Millionen Tonnen. Gas Frankreich durch die Reparationskommission unter Zugrundelegung des Abkommens von Spa zugewilligte Kontingent betrage 1 550 000 Tonnen.

Druckfehlerberichtigung. In den Schlussworten der Referenten auf der Reichskonferenz, die in der gestrigen Morgenausgabe veröffentlicht sind, müssen folgende fälschlicherweise Druckfehler berichtigt werden: In der Rede Dittmanns muß es heißen (2. Spalte, 5. Zeile von oben): Zur Frage des Terrors und der Diktatur stelle ich mich auf den Standpunkt des Marxismus.“ In der Rede Däumigs muß es heißen (4. Spalte, 45. Zeile von oben): „Die heutige historische Situation ist die Folge des Kampfes des Proletariats gegen den Kapitalismus.“

Arbeiter-Jugend-Marsch

Von Belle Dressel.
Kein Schall von Trommeln und Trompeten
und keines Kommandeurs Gewalt
zwingt uns zusammen, o Proleten,
Wir dröhnt vom Schreien der Wut!

Ein heller Traum aus Hungerrüchten,
ein Plan, in harter Not erdacht,
geprehter Schrei nach Brot und Rechten —
das hat des Mutes Gut entzacht!

Das Arbeitsvolk — die Millionen,
von gleicher Tyrannei geschlagen —
will endlich an der Sonne wohnen,
will selber Schicksal sein und tragen.

Das ist kein Fah von Domestiken,
der Brand an die Pfälste legt,
das ist der Jörn, der selte Bricken
in endlich bessere Zeiten schlägt.

Jahraufendlang das dumme, dumpfe
demütig Vor-den-Toren-Stehen,
allwieg trübt der Schweiß vom Kumpfe —
so kann das nicht mehr weitergehen!

Du jarte Frau im Seidenkleide,
dein Glanz deckt uns're Berje nicht,
Siehst du die Spur vom Herzeide
in uns'ren Frauen Angesicht?

Aufmarsch! Kolonnen! Pioniere!
Es soll ein froher Kampf beginnen:
daß keiner hung're, keiner fetere
und wir die ganze Welt gewinnen!

Gewerkschaftliches

Der Kampf gegen die Akkordarbeit

Seit 6-8 Wochen führen die Stodarbeiter den Kampf gegen den Uebermut der Unternehmer, die Lohnarbeit in dieser Branche zu befechtigen. Von den zirka 800 Beschäftigten arbeiten zwei Drittel im Lohn. Die Unternehmer versuchen nun mit den schädlichsten Mitteln in allen Betrieben die Akkordarbeit einzuführen und fragen nicht, ob der Reichstaxi noch bis zum 15. Februar 1921 besteht. Mitte Juli wurde in vier Lohnbetrieben die Arbeitszeit auf 24 Stunden verkürzt und dann zirka 70 Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten, Akkordarbeit zu leisten. Alle Bemühungen und Verhandlungen scheiterten, indem die Arbeitgeber beteuerten, nur die schlechte Konjunktur sei an allem schuld. Eine Beschwerde an die Freie Vereinigung der Holzindustriellen, Abt. Stodafabrikanten, ergab folgende Antwort:

Auf Ihren Brief vom 23. Juli bezir. die Stodfabrik B. & K. teilen wir Ihnen mit, daß es unzutreffend ist, daß die Firma Ihren Arbeitern angeboten habe, weiter in Akkord zu arbeiten. Die tatsächlichen Verhältnisse liegen vielmehr folgendermaßen: Infolge des außerordentlich plötzlichen Umschlages in der Konjunktur (lies: aber nur in den Lohnbetrieben) hat die Firma B. & K. keine Aufträge mehr, da diese von der Kundschaft abbestellt worden sind. Die Aufträge sind, da sie bereits überfällig sind und längst geliefert hätten sein müssen, abbestellt worden. Die Firma B. & K. hat also tatsächlich im Augenblick nichts zu tun. Infolge dieses schlechten Geschäftsganges hat die Firma ihre Arbeiter entlassen, hat denselben sogar 14 Tage vorher gekündigt, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich erst andere Beschäftigung zu verschaffen.

O. Ihr gutherziger Unternehmer! Welches Mitleid für die armen Stodarbeiter, deren Frauen und Kinder, spricht aus Eurem Herzen, wenn man Euer Rundschreiben vom 12. Juli 1920 liest. Da heißt es unter anderem: „Kollegen, wir müssen die Betriebe unterstützen, welche die Lohnarbeit befechtigen wollen und haben wir beschloßen, daß in der Zeit vom 12. Juli bis 15. August in keinem Betriebe Arbeiter eingestellt werden dürfen.“ Ein anderer Beschlus lautet: für jeden Fall sind pro Arbeiter 500 M. — 1000 M. Strafe zu zahlen.

Kollegen, macht die Augen auf, fragt die Unternehmer, ob dieses Rundschreiben ihre Vertragstreue dokumentiert. Vor Jahresfrist hieß es „Arbeitermangel“ in der Stodindustrie, und wir haben die Industrie wieder auf die Höhe gebracht, den Unternehmern Gewinne gebracht, daß sie leben können, wie im Schlaraffenland — und heute? Und heute getnechtet, durch Hunger in den Abgrund gestoßen.

Die Branchenverhandlungen in der Königsbarr am 12., 16. und 23. August haben euch den Weg gezeigt. Wir haben Verbindungen angeknüpft mit Italien, Schweiz und Holland. Zirka 60 Kollegen haben sich schon einzeichnen lassen, welche bereit sind, Berlin zu verlassen.

Alle Vermittlungen, um wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, sind gescheitert. Die Antwort der Unternehmer vom 12. August ist auch in den Verhandlungen vorgebracht worden. Wann wird der Schiedspruch des Tarif-Amtes in unserer Branche durchgeführt? Oder erklären sich die Stodfabrikanten mit den Holzindustriellen solidarisch, indem am 1. Oktober d. J. angefangen werden soll, die Löhne abzubauen?

Kollegen! Der letzte Ring, der uns umfährt, kann durch den uns ausgewungenen Hunger nicht zerbrechen; wohl leiden unsere Frauen und Kinder, aber es naht der Tag, wo wir abtreten können.

Kollegen, haben wir solche schlechte Konjunktur, daß Arbeiter entlassen werden müssen? Wir sagen nein!

Die Firma B. & K. wurde beim Schlichtungsausschuss verklagt; das Urteil lautet: Die Firma wird verpflichtet, sämtliche 14 Kollegen sofort wieder einzustellen und für den entgangenen Arbeitsverdienst die Entschädigung von 15 092 M. zu zahlen.

Am nächsten Tage wurden alle Arbeiter wieder eingestellt und arbeiten heute noch. Eine andere Firma arbeitet verkürzt, es ist aber genügend Arbeit vorhanden, um voll zu arbeiten oder Leute einzustellen, darf es aber nicht, da der Beschlus der Unternehmer sie daran hindert. Ein anderer Unternehmer gebraucht ebenfalls Arbeitskräfte, kann aber nicht einstellen, da sich am Arbeitsnachweis nur Arbeiter befinden, welche in anderen Betrieben die Akkordarbeit abgelehnt haben.

Unter solchen Verträge müssen die Stodarbeiter Berlins arbeiten!

Was wird die Organisation tun, um die Stodarbeiter von diesem Verträge zu befreien?

Der angebotenen Aussperrung der Stodarbeiter sehen wir ruhigen Blutes entgegen und hoffen auch, daß die gesamten Holzarbeiter unseren Wegen verständnisvoll ihre Zustimmung geben werden.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Betriebsrohrleger und Helfer, Banklempner, Bauhandwerker und Portiers!

Die Berliner Rohrleger und Helfer befinden sich seit Dienstag, den 31. August, im Streik. Die Betriebsrohrleger und Helfer werden erlucht, darauf zu achten, daß in den Betrieben die bisher von den streikenden Kollegen ausgeführten Arbeiten nicht von Streikbrechern ausgeführt werden. Desgleichen sind die Betriebsrohrleger verpflichtet, die Ausführung solcher Arbeit, die bisher von den Baurohrlegern ausgeführt wurde, strikte abzulehnen. Ebenso werden die Banklempner erlucht, die Reparaturen für Gas und Wasser, sowie Heizung nicht auszuführen, um unliebbare Zusammenstöße mit den streikenden Rohrlegern und Helfern zu vermeiden.

Die streikenden Rohrleger und Helfer erwarten von den Klempnern vollste Solidarität. Desgleichen erluchen wir alle Bauhandwerker, von evtl. Streikbrüchen uns sofort Mitteilung zu machen. Jeder, der zur Zeit Rohrlegerarbeiten auf Bauten ausführt oder in Gebäuden Reparaturarbeiten vornimmt, ist als Streikbrecher anzusehen. Lediglich die in den Betrieben beschäftigten Betriebsrohrleger und Helfer, die auf Grund eines besonderen Tarifvertrages arbeiten, üben ihre Arbeit rechtmäßig aus. Alle wendlichen Angaben erluchen wir zu richten an die Streikleitung der Rohrleger und Helfer: Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 2, Telephon Moritzplatz 4407.

Die Streikleitung.

An die Arbeiterschaft in den Buchbindereien!

Entsprechend den zentralen Verhandlungen in Leipzig, nach welchen die Arbeitgebervereinigung ihren Mitgliedern empfiehlt, ab 3. September ohne Vorbehalt das Eisenacher Lohnabkommen zu zahlen, wird die Arbeiterschaft in den Buchbindereien aufgefordert, die Lohnerhöhungen entsprechend dem Eisenacher Lohnabkommen einzuführen.

Ueber Nachzahlung usw. wird Auskunft am Montag, den 6. September, nachm. 5 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, gegeben. Die Vertrauensmänner sämtlicher Betriebe werden aufgefordert, unbedingt in dieser Sitzung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung des Buchbinder-Verbands.

Staub- und Gipshanbranche! Da auch in unserem Beruf die Arbeitslosigkeit täglich größer wird, sah sich die Sektionsleitung veranlaßt, mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit diesen darüber zu beraten, ob die Arbeitszeit verkürzt werden kann, um dadurch die Arbeitslosigkeit zu steuern. Dieses ist geschehen: Es wurde vereinbart, daß von Montag, den 6. September ab, die Arbeitszeit 40 Stunden die Woche betragen soll, und sollen als Ausgleich dafür nach Möglichkeit vermehrte Arbeitskräfte eingestellt werden. — Die Versammlung der Staub- und Gipshanbranche machte sich diese Vereinbarung gegen 3 Stimmen zu eigen, gab aber zum Ausdruck, daß durch die Verkürzung, der dadurch weniger verdiente Lohn bei den Arbeitgebern nicht der Schluß gezogen werden darf, daß bei voller Arbeitszeit die Löhne abgebaut werden können, sondern die arbeitenden Kollegen nur im Interesse der Arbeitslosen auf den Lohn verzichten. Die Arbeitszeit regelt sich also vom 6. September wie folgt: Montag bis Freitag Arbeitszeit 7 Stunden, Anfang 8 Uhr, Mittagspause 12-12½ Uhr, Feierabend 3¼ Uhr. Sonnabends Arbeitszeit fünf Stunden Anfang 8 Uhr, Feierabend 1 Uhr, mit einer ¼stündigen Pause. Es werden also 39¼ Stunden gearbeitet und 40 Stunden bezahlt. Es wird nun erwartet, daß sich alle in der Staub- und Gipshanbranche beschäftigten Kollegen daran halten.

Die Sektionsleitung.

Zum Streik der Mostschmüller bei der Firma Kühne. Wie bekannt, befinden sich die Mostschmüller der Firma Karl Kühne, Weineßig, Mostsch- und Konlerendfabrik, Berlin, Brunnenstraße 111, und ebenfalls derselben gehörende, unter der Firma Keil, Remeler Straße 5, befindliche Betrieb wegen Lohnforderungen seit dem 12. August im Streik. Die Firma bleibt auch wie vor auf ihren Standpunkt bestehen, zweierlei Löhne den geleiteten Arbeitnehmern in ihrem Betriebe zu zahlen. Während anderen geleiteten Arbeitnehmern ein Stundenlohn von 6,30 M. gezahlt wird, will man den Müllern nur 4,75 M. geben. Verhandlungen der Organisationsvertreter und der Obleute der genannten Betriebe mit der Firma waren erfolglos. Die Organisation wurde von den Streikenden beauftragt, bevor zu härtesten Maßnahmen geschritten wird, den Schlichtungsausschuss zur Vermittlung und Fällung eines Schiedspruches anzurufen. Da die Firma verstanden wird, Mostsch von Hamburg, Leipzig und Danzig zu beziehen, werden die dortigen in den Mostschmühlen beschäftigten Arbeiter besonders aufmerksam gemacht, und gebeten, jegliche Anforderungen, wenn sie für Berlin bestimmt sind, erst nachzuprüfen und evtl. der Ortsverwaltung des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes, Berlin, Mulackstraße 10, 1. Treppe, Kenntnis zu geben. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck obiger Notiz gebeten. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Vertrauensleute der Zimmerer! Laut Beschlus der letzten Vertrauensmänner-Versammlung soll von jedem Betrieb ein Bericht über den Beschäftigungsgrad, wie hoch die Löhne, wie

viel Lehrlinge, wie hoch deren Löhne, sowie über die Organisationszugehörigkeit eingereicht werden. Kameraden! Es ist Pflicht eines jeden Vertrauensmannes umgeben einen Bericht an uns einzusenden. Jeder Bericht muß in der Vertrauensmänner-Sitzung vertreten sein. Mitgliedsbuch legitimiert. Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Steinseger und Berufsgenossen, Tarifbezirk Groß-Berlin. Laut Vereinbarung mit den Arbeitgebern sind folgende Lohnsätze ab 4. September zu zahlen: Steinseger M. 7,—, Steinseger M. 6,90, Kammer M. 6,70, Arbeiter M. 6,— pro Stunde. Hilfsarbeiter mit noch nicht 3 monatiger Beschäftigung im Steinseger-, Hoch- oder Tiefbaugewerbe M. 5,70. Die Löhne im § 5 Ziffer 1b und c Ziffer 2 und die Akkordlöhne für Steinbauer werden entsprechend diesen Lohnaufbesserungen gleichfalls erhöht. Diese Lohnabrede soll bis zum 31. 12. 20 in Geltung bleiben. Gleichzeitig machen wir nochmals bekannt, daß unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung jeden zweiten Montag im Monat in der „Harmonie“, Invalidenstr. 3, abends 7 Uhr, stattfindet.

Groß-Berlin

Sigung der Heereskammer

Vorsitzender General von Arncke bein: Stiiiiii! — gestanden! Die Sigung der Heereskammer ist eröffnet! Küßt Euch!

Waaas, der Kerl dahinten feigt noch? Mit Ausnahme der Herren Offiziere die ganze Heereskammer — aufstehen! Hinlegen! Aufstehen! Hinlegen! Aufstehen! Finger lang! Ellenbogen vor! Kinn an die Binde! Bitte die Herren Offiziere die Haltung nachsehen!

Bitte die Herren zurückzutreten! Die Heereskammer hinlegen! Auf! Hinlegen! Auf! 10 Schritte vor, marsch, marsch! Zurück, marsch, marsch!

So Kerls, jetzt werdet Ihr langsam begriffen haben, was sich für Mitglieder der Heereskammer ziemt.

Hinlegen! Bitte die Herren Offiziere Platz zu nehmen. Ich befehle zu beschließen, daß die jüdischen Kofarden von der Reichswehr nicht mehr getragen werden.

Aufstehen! Stiiiiii!gestanden! Der Beschlus ist gefaßt! Seine Majestät, unser allergnädigster Landesherr, hurra, hurra, hurra! Ganze Heereskammer lehr! Ohne Tritt — marsch!

Demonstration zur Einführung der weltlichen Schule

Nach dem Beschlus der Neutöllner Stadtverwaltung werden ab 1. Oktober die Neutöllner Kinder, die vom Religionsunterricht befreit sind, besonders eingeschult. Sollen konfessionslose Schulen gebildet werden, so müssen mindestens 10 000 Kinder bis zum 10. September befreit sein. Um das zu erreichen, veranstaltet der Ortsverein der U. S. F. D. Neutölln heute mittag 12½ Uhr eine Massen demonstration der Anhänger der weltlichen Schule, besonders der Neutöllner Eltern mit ihren Kindern. Der Zug bildet sich am Rathaus, Ecke Schönstedtstraße. Antragsformulare zur Befreiung vom Religionsunterricht sind bei den Ordnern im Zuge und im Parteibureau, Redarstraße 3, zu haben.

Die Ordner melden sich um 12 Uhr mittags im Parteibureau. Arbeiter und Arbeiterinnen Neutöllns! Sorgt für Massenbeteiligung an der Demonstration! Heraus mit der Religion aus der Schule!

Verwendung auf den Eisenbahnen

Von einem Leser unseres Blattes erhalten wir folgende Zuschrift, zu der sich die Eisenbahnerverwaltung sofort äußern muß: „Am Dienstag, den 31. August, war ich auf dem Schlesischen Bahnhof. Da läuft 8 Uhr 40 Minuten ein Extra-Güterzug ein. Als Mensch, der sich für alles interessiert, erfahre ich, daß es ein Transport für Rennpferde ist. Früher hieß es an den Wagen „10 Mann oder 8 Pferde“. Heute, wo ungeheurer Mangel an rollendem Material vorhanden, besetzt eine Maschine 16 Wagen mit je zwei Pferden von Grunewald nach Hoppegarten. Nach zehn Minuten fuhr die Maschine mit fünfzehn Wagen weiter. Ein Wagen, nach Karlsruh bestimmt.“

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Bedäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Erstaunlich billige Angebote

Damen: Leinen-Schuhe
mit Spange, erstklassige Ausführung wie Leder-schuhe, mit Ledersohle, modernem hohen Absatz, beige, grau u. braun, in Größen soweit vorrätig
Wirklicher Gelegenheitskauf!

durchweg **36.⁵⁰** Mark

Damen: Spangen-Schuhe
schwarz, braun und Chevreau, mit kräftigen Ledersohlen, moderne Formen und hohe Absätze
Wirklicher Gelegenheitskauf!

durchweg **88.-** Mark

Damen: Halb-Schuhe
schwarz, blau u. grau, meist echt Chevreau, zum Säbeln oder mit Spange, mit feingelochten Befäßen, elegante Formen, hohe Absätze
Wirklicher Gelegenheitskauf!

durchweg **98.⁵⁰** Mark

Damen: Halb-Schuhe
echt Chevreau und Degfall, in Braun und Schwarz, mit Spange, in Größen soweit vorrätig
Wirklicher Gelegenheitskauf!

durchweg **125.-** Mark

Sehr billig:

Elegante Damen-Schnürstiefel farbige u. schwarze, in Größen soweit vorrätig

195.-

Dauerhafte Herren-Straßentiefel guter, mod. Schuh, beste Ausführung

195.-

Neußerst herabgesetzte Preise in Rest- u. Einzelpaaren von Sommerwaren

Enorm Billige Preise

Stiller

Nur Erstklassige Fabrikate

A. Wertheim

Ausstellung neuer Damenhüte

Billiger Verkauf

- Gesteppte Filzkappe in modernen Farben 58⁰⁰
- Sammetglocke klein, mit farbiger Filzgarnitur 98⁰⁰
- Kleiner Sammethut mit bunter Stickerel 125⁰⁰
- Bretton klein, mit Sammetrand und farbigem Filzblendenkopf . . 120⁰⁰
- Kleiner Glockenhut aus Kunstplüsch mit Filzgarnitur . 125⁰⁰
- Backfischkappe mit farbiger Filzgarnitur, moderne Form 68⁰⁰
- Moderne Hutformen aus Kunstseidenplüsch, handgearbeitet 125,00 98,00 78⁰⁰
- Abgepaßte Schleier in vielen Farben, mit Goldborden und Chenilletupfen 12⁵⁰
- Taffetband ca. 11 cm breit, in vielen modernen Farben 8⁷⁵



Billiger Verkauf

- Straußpompon schwarz, die neue Mode 8⁷⁵
- Straußbesatz weiß und schwarz 6⁷⁵ Meter
- Großes Flügelbando aus Birkenhuhnfedern, mod. Farben 25⁰⁰
- Federlaub dreiteilig, in mod. Farben 9⁷⁵
- Flache Sammetrose modern, mit Goldkelch 9⁷⁵
- Sammetmohn in guter Qualität und modernen Farben . . 6⁷⁵
- Große Ansteckrose aus Sammet, in feinen Farben . . 14⁷⁵
- Straußfederkranz in modernen Farben 34⁵⁰
- Paradiesstiele in vielen modernen Farben 15⁵⁰
- Chenilleborde in vielen modernen Farben . . Meter 5,75 3

Spezial-Arzt
für Haut- und alle Geschlechtsleiden,
Harn- und Blutuntersuchungen
Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117 an der Luisenstraße
Sprechstunden: 10-12, 1-3, 4-6, 7-10, 11-1 Uhr.
Sprechstunde für Kinder mit Behinderung (inkl. Anleitern) an nachmittäglichen Sonntags- und Feiertagsstunden von 10-12.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.
Harn-, Frauenleiden, Blasenentzündungen, Salvarsan- u. Röntgenbehandlung, Harn-, ohne Berufshilfe, Mäßige Preise.
Sprechstunde: Dr. med. Kommer. 10-12, 1-3, 4-6, 7-10, 11-12.
Brunnenstr. 185 (Rosenth. Platz).

Spezial-Behandlung f. Geschlechts-,
Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausfluss, nerv. Schmerzen, Blasenentzündung, Salvarsan-Kur, Weintrakt.
Spezial-Arzt.
gef. Heilanstalt „Löser“, Münzstr. 9
nähe Kottbuscher-Platz, 9-1, 4-6, Sonntag, 10-12, Domengymn. sep.

Phorosan-Heilinstitut
für Haut- und Geschlechtskrankte
Lessingstraße 39, Sprechst. 9-11, außer Dienstag,
Großbierenstr. 67, Sprechst. 11-12, Sonntag 10-12.
Generell-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-
Verfahren, Syphilis, Strang, Wasserschlag, Spina, Drüsen,
Leinwand, Rep. Zimmer, Kardauer, siehe Broschüre: „Die Generell-
und ihre Zulassung“, M. B., Trosp. A. gegen Porto.

Spezial-Arzt Dr. Schott für alle Geschlechts-
Harn-, Frauen-, Harn-, Frauenleiden,
hartnäckige Harnleiden, Ausfluss, nerv. Schmerzen, Blasenentzündung, Salvarsan-Kur, Weintrakt.
Spezial-Arzt.
Dir.: Löser senior, Münzstr. 9-1, 4-6, Sonntag, 9-1.
Nur Rosenthaler Str. 69-70
Rosenthaler Platz.

Nicht in 6-8 Wochen
sondern 3-5 Tagen werden sämtliche Miltäre u.
Hilfsleistungen erfüllt - Erwerbungen bis
zu 24 Stunden. - Samstags- u. Feiertagsleistungen
werden durch Aufschub wie aus dem
Schneiderei und dem. Verleihungsgeschäft
Tel.: West Nord-West. Sanja 1075
(Wag & Weg)
Bedr. u. Repet.: Schwanenstr. 21, Hauptgeschäft:
Goskowstr. 13, H. Geschäft: Wilmanns 112.
III. Geschäft: Schönhauser Allee 170, am Scheide-
platz, IV. Geschäft: Wilmanns, Wilmannsstr. 74

10 000 Mark
Zahnwohl-Preisauschreiben
Nr. 1.

Für den besten Reim eines 2-Zeilers, in welchem
die vorzüglichen Eigenschaften unserer feinsten
Friedenware der feinsten Weffermühl-Bahnpost
„Zahnwohl“ zusammengefasst sind, setzen wir nach-
stehende Preise aus:

- | | |
|----------------------------|---------------------------------|
| 1. Preis in der Mk. 1000.- | Bedingungen: |
| 2. „ „ „ 500.- | Der 2-zeilige Reim muß an |
| 3. „ „ „ 350.- | der Rückseite einer letzten |
| 4. „ „ „ 200.- | Original-„Zahnwohl“ |
| 5. „ „ „ 100.- | Schachtel (u. Text), überd. |
| 6. „ „ „ 75.- | erschüttert aufgelegt und aus |
| 7. „ „ „ 50.- | bis zum 30. Oktober 1920 ein- |
| 8. „ „ „ 25.- | gesetzt sein. „Zahnwohl“ muß |
| 9. „ „ „ 10.- | selbst benutzt sein, damit ein |
| 10. „ „ „ 5.- | nachrichtiger Reim die |
| 11. „ „ „ 2.- | guten Eigenschaften besitzt. |
| 12. „ „ „ 1.- | Die Jury, welche außer Weis- |
| 13. „ „ „ 0,50.- | beurteilt, setzt nach dem |
| 14. „ „ „ 0,25.- | 30. Oktober 1920 zusammen und |
| 15. „ „ „ 0,10.- | garantiert sie für streng |
| 16. „ „ „ 0,05.- | anonyme Beurteilung. Das Ge- |
| 17. „ „ „ 0,02.- | richtnis mit 300 der besten |
| 18. „ „ „ 0,01.- | Wörterbücher wird alsdann durch |
| 19. „ „ „ 0,005.- | Verzicht jeder Tube Zahnwohl- |
| 20. „ „ „ 0,002.- | beigefügt. Jede Zahnwohl- |
| 21. „ „ „ 0,001.- | Reimer erhält über das Ge- |
| 22. „ „ „ 0,0005.- | richtnis Mitteilung. |
- Die an Zahnwohl-Preisauschreiben der Zahn-
wohl-Werke Schmittler & Co. AG. Berlin, Wilmanns-
dort

Enorm billiges Angebot in
Damen- u. Herrenhüten
nur solange der Vorrat reicht:

Damenhüte	Herrenhüte
Cornets in allen Farben 95.-, 65.-, 50.-, 49.-	Haar-Velour echtes Schweißleder 87.-
Velouretthüte Prima Qualität und alle Farben 145.-, 120.-, 98.-, 59.-	Serie 1 echtes Schweißleder in verschiedenen Farben . 59.-
Prima Velourhüte 198.-, 175.-, 98.-	Serie 2 echtes Schweißleder in verschiedenen Farben . 49.-
Gest. Velouretthüte in allen besten Farben 168.-, 130.-, 90.-	Serie 3 mit Schweißleder in verschiedenen Farben . 47.-
	Serie 4 mit Schweißleder in verschiedenen Farben . 39.-
	Konfirmanten-Hüte schwarz 39.-

Titus König
Damenhut-Fabrik, NEUKÖLLN, Bergstraße 10. Eigene Umpresserei im Hause.

Dr. med. Hollaender Berlin W 8
Lützowstr. 108.
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden
Harn- u. Blutuntersuchungen
Sprechstunden: 11-1 vorm., 5-7 nachm., Sonntags 11-1
Kaufstraße-Wilhelmsstr. 14. Mk. 2,50 (Kochstraße)

Achtung Zahnleidende!
Haben Sie sich nicht erschrecken durch
schreiende Reklame.
Keine gute Werbung haben Sie in der
Zahnpraxis Humboldt
Vilmauer Str. 40-41, Ecke Swinemünder Str.

Zahngebisse 3500 Mk. bis
Platin-Zähne 6, 8, 9, 11 bis 75 Mark. Goldbrück.
Auch Silber, Silberbrück heißt für eigene Fabrikation
John, Schubert, Wilmannsstr. 53, nahe Dönhofsstr.
437er ZAHN-STATION 350er
Berlin, Charlottenstraße 46

Fahrradgummi wieder billiger!
Neue Laufmäntel, 28 x 1 1/2, 65-70.-, 75.-, 80.- M.
Gebirgsreifen 90.- M., die besten und leichtesten, extra prima, nur 100.- M.
Luftschluche, prima, 25.- M., Versand nach ausserhalb gegen Nachnahme.
Neue Herren- und Damenfahräder 650 M.
mit prima Gummibereifung, Glocke und Laterne
Großer Posten **gebrauchter Fahräder** mit neuer Gummibereifung 300.- bis 500.- M.
Gesch.-Zweiräder, Transp.-Zweiräder, Dreiräder, Motorräder, Automobile, Bootmotoren
25 000 Karbidlichtlampen von 3.- Mark an.
ERNST MACHNOW, Weinmeisterstr. 14. Größtes Fahrrad-
u. Haus Berlin. II
Vorteilhafte Einkaufsquelle für Wiederverkäufer

Spezialbehandlung.
Haut-, Geschlechts-, Frauenleiden, Genitalerkr.
Dr. Wilhelms Heilanstalt, Zeit. Arzt: Dr. u. Zahn,
Potsdamer Str. 109, 1-7, Sonntag 11-1. Prostekt frei.

Sind's die Füße, geh' zu Ruge!
Gehen Sie schlecht?
Haben Sie Schwielen unter den
Füßen, Hohl-, Schwach-, Senk-,
Hohl-, Plattfuß, Gelenknoten,
so tragen Sie nur mein
Fußhorst „Rugant“
ganzlich schick!
Preis pro Paar 60.- Mk.
Die neuen festesten u.
schmerzlosen, Versand
überallhin. - Fußlänge
angeben.
Zugabe: Leinwand
W. Ruge
Berlin NO. 43
Georgstr.
Kirchstraße 57
(am Alexander-
platz).
Behandlung
Fuß- und Bein-
leiden.

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen
durch die bekannten Verkaufsstellen
E. Röcker, Berlin, Lichtendörfer Str. 22. Reg. 3061.

Fahrradgummi wieder billiger!
Neue Laufmäntel, 28 x 1 1/2, 65-70.-, 75.-, 80.- M.
Gebirgsreifen 90.- M., die besten und leichtesten, extra prima, nur 100.- M.
Luftschluche, prima, 25.- M., Versand nach ausserhalb gegen Nachnahme.
Neue Herren- und Damenfahräder 650 M.
mit prima Gummibereifung, Glocke und Laterne
Großer Posten **gebrauchter Fahräder** mit neuer Gummibereifung 300.- bis 500.- M.
Gesch.-Zweiräder, Transp.-Zweiräder, Dreiräder, Motorräder, Automobile, Bootmotoren
25 000 Karbidlichtlampen von 3.- Mark an.
ERNST MACHNOW, Weinmeisterstr. 14. Größtes Fahrrad-
u. Haus Berlin. II
Vorteilhafte Einkaufsquelle für Wiederverkäufer

Alte Gebisse nach zubehalten, bis 3000 M.
Einzelne Platinstiftzähne
9 bis 200 Mark, jedoch
nicht unter 9 M. pro Zahn

Platin-Brennstifte,
Kontakte usw.
zu bekanntesten Preisen
Gold- u. Silberbruch
sowie Gegenstände
und Juwelen
kauft weit über den
höchsten Tagespreis

J. Herz
Fehrbolliner Str. 52
Bordeshaus (Inn), portierlos

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
bei Männern u. Frauen, Blasenentzündungen, nerv. Schmerzen, Weintrakt.
dunkel, (dunkel, höher, mögl. ohne Berufshilfe, Auskult. kostenlos.
Kühn, Andreasstr. 75, Sprechst. 10-12, 1-3, 4-6, 7-10, Sonntag, 10-12, Domengymn. sep.

Dr. Arensberg zurück.
Spezialarzt
DR. ELPERN
für Haut- und Geschlechtsleiden
Große Frankfurter Str. 57
(Strauß. Pl., Ecke Weberstr.)
v. d. Reise zurück.
Haufflechten
oder mit, auch ganz erloschen
Gelenk, namentlich nachwachen-
nähende und sehr entzündl.
Charme heilt (s. die kühlende
Fridosan-Heilsalbe
D. R. P. angem., gef. gesch. Ge-
recht an Universitätsklinikern.
Klein, Berlin, u. Verfass.
Dr. Strauss & Co., Berlin
15, Wilmannsstr. 114, Paris
15, Rue de la Harpe, 115, gen.
einzelne, franko, Packt. 11.-
mehr. Markenloste, schnelle
Verheilung! Ordere
Lieferung schon bei erp-
malig. Verwendung! Preis
loest kollektiv.

Kranken Frauen
setze ich kostenfrei mit, wie
ich von meinem langjähr.
Heiler (Wilmannsstr. 114) in
Paris, Schmeidgenhölzchen in
kurzer Zeit befreit wurde.
Mittelpunkt erbiten.
Frau Berla Koopmann
Berlin 118, Potsdamerstr. 104.

Laufdecken, 65, 95, 100, 110,
120 Mark.
Zufußstümpfe, 25, 30, 35,
40 Mark.
Versand nach auswärts
Eugen Schmidt, Str., Badstr. 13

Neuköllner Metall-
Einkaufs-Zentrale
Kottbuscher Damm 66, am
Hermannplatz, Markt
Kupfer, Messing,
Blei, Zink.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
bei Männern u. Frauen, Blasenentzündungen, nerv. Schmerzen, Weintrakt.
dunkel, (dunkel, höher, mögl. ohne Berufshilfe, Auskult. kostenlos.
Kühn, Andreasstr. 75, Sprechst. 10-12, 1-3, 4-6, 7-10, Sonntag, 10-12, Domengymn. sep.

Geschlechtskrankte
(Harnröhrenleiden, Ausfluss, Epithel, Frauenleiden usw.)
inden schmerzlos und ohne Berufshilfe im Wilmanns
Institut (spezialärztliche Leitung) Berlin SW, Wilmanns-
platz 3 (Direkt am Halleschen Tor). Sprechst. 10-1,
1-4, Sonntag 11-1. Domengymn. separat. Erfolge
sich noch be.
wo alles andere versagte.
Dr. med. Rudolph Brückner für 2,50 Mk. in verschlossenem
Umhänge gibt Rückfisch.

Prozesse, Rat, Beistand, mögl. Prozeß, Teilzahlung,
De-, Alimet-, Strafsachen, Grundbesitz,
Alexanderstr. 45, Sprechst. Dr. v. Kirchbach,
Sonnabend, Mittw., samst. Juristen, Sonntag 10-12, Verfrühungsst.

Platin-Linke kauft wieder
Gebisse, Platin, Gold, Silberbruch
zu bekanntesten Preisen.
Blücherstr. 40, Port. II, 2.